

# Demographische Wirkungen politischen Handelns

Eine deutsche Perspektive

Herwig Birg

## 1. Einführung und These

Bei der Analyse der Wirkungen politischen Handelns auf die demographische Entwicklung läßt sich eine soziologische, eine politikwissenschaftliche und eine bevölkerungswissenschaftliche Betrachtungsweise unterscheiden. In Deutschland konzentriert sich die soziologische Analyse primär auf die Wirkungen der Sozialpolitik, insbesondere der „*familienorientierten Sozialpolitik*“, denn die Bundesrepublik Deutschland betreibt – nach der Selbstwahrnehmung und Selbstdefinition ihrer politischen Entscheidungsträger – überhaupt keine „*Bevölkerungspolitik*“. Ob die Bezeichnungen „*familienorientierte Sozialpolitik*“ bzw. „*sozial orientierte Familienpolitik*“ u.ä. nur schamhafte Ersatzbegriffe für den historisch belasteten Ausdruck „*Bevölkerungspolitik*“ sind, soll hier nicht erörtert werden, denn hier stehen in erster Linie die realen Wirkungen der Politik zu Debatte.

Für die politikwissenschaftliche Betrachtungsweise, die von den Begriffen Staat und Staatsvolk ausgeht, ist die Überschneidung der Begriffe „*Bevölkerung*“ und „*Volk*“ von größerer Bedeutung als für die soziologische Analyse unserer Tage, die dazu neigt, die Komplexität des Begriffs „*Bevölkerung*“ auf die eines neutralen demographischen Fachausdrucks zu

reduzieren. Die Behauptung, daß der Staat Bundesrepublik Deutschland keinerlei Bevölkerungspolitik betreibe, ist heute aus politischer Sicht eher konsensfähig als aus politikwissenschaftlicher Sicht. Unabhängig von diesbezüglichen Meinungsunterschieden geht nach dem Grundgesetz alle Staatsgewalt vom Volke aus, nicht von der Bevölkerung. Bezugnehmend auf den Unterschied zwischen „Volk“ und „Bevölkerung“ hat das Bundesverfassungsgericht den Versuch Schleswig-Holsteins und Hamburgs, für die ausländische „Bevölkerung“ das kommunale Wahlrecht einzuführen, als verfassungswidrig zurückgewiesen.<sup>1</sup> Die Bevölkerung Leipzigs ging im November 1989 mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ auf die Straße, die Formulierung „Wir sind die Bevölkerung“ war nicht zu vernehmen. Mit den Begriffen „Volk“ und „Bevölkerung“ hat es also offensichtlich eine besondere Bewandnis. Durch die *Bevölkerungsentwicklung* wird das Thema mit jedem Jahrzehnt aktueller werden.

Da es kein Volk ohne eine (oder mehrere) Bevölkerungen gibt, muß jede am Grundgesetz orientierte Politik, die vom „Volk“ demokratisch legitimiert ist, an den Bedürfnissen und Interessen der Bevölkerung ansetzen, so auch am elementaren Interesse der Selbsterhaltung i.S. einer die Gesellschaft nicht destabilisierenden demographischen Entwicklung, so daß nahezu alles, was Politik ist, sprachlich als Bevölkerungspolitik bezeichnet werden könnte, was allerdings höchst ungewöhnlich wäre. In den klassischen Staatsutopien – im „idealen“ Staat Platons, im „Sonnenstaat“ Campanellas und in der „Utopia“ von Thomas Morus – bildet stets die Bevölkerungspolitik die konstitutive Grundlage, auf der die übrigen Bereiche und Maßnahmen der Politik aufbauen. Das Revolutionäre an der Marxistischen Utopie war denn auch nicht zuletzt die irrationale, geradezu hysterische Ablehnung aller bevölkerungswissenschaftlichen Erkenntnisse und Theorien, die die Wissenschaft bis dahin erarbeitet hatte.

Mit der vorliegenden bevölkerungswissenschaftlichen Herangehensweise, deren Hauptcharakteristikum fächerübergreifende Fragestellungen und Methoden sind, soll versucht werden, die realen Wirkungen der verschiedenen Politikbereiche auf die Struktur der Bevölkerung und den Verlauf des Bevölkerungsprozesses am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland zu beschreiben, ohne die Analyse von vornherein auf eine einseitig soziologische oder politikwissenschaftliche Perspektive festzulegen. Eine der Thesen des Beitrags ist, daß die wichtigsten Wirkungen des politischen Handelns auf die Bevölkerungsentwicklung nicht von den formal zuständigen Ressorts ausgeübt werden, also z.B. nicht vom Ministerium für Familie und Senioren, sondern von scheinbar sachfremden Politikbereichen, insbesondere von der Wirtschafts-, Konjunktur- und Bildungspolitik, Politikfelder, die auf eine allgemeine Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen gerichtet sind, wobei ihre Orientierung an den Prinzipien der Wettbewerbswirtschaft und der Konkurrenzgesellschaft als Grundlagen für die instrumentellen Steuerungsversuche der individuellen Verhaltensweisen durch Vergünstigungen und finanzielle Anreize entscheidend ist. Das generative Verhalten der Individuen als Ziel der politischen Steuerung durch eine „familienorientierte Sozialpolitik“ wird dabei von der Politik in Analogie zum Investitionsverhalten der Unternehmer oder zum Konsumverhalten der Haushalte und Familien so betrachtet, als ob die Menschen sich bei ihren generativen Entscheidungen ebenso wie bei ihren wirtschaftlichen Entscheidungen primär von monetären Nutzen-Kosten-Abwägungen leiten ließen.

Wenn meine These richtig ist, daß die Hauptwirkung der Politik auf die Bevölkerungsentwicklung in den unbeabsichtigtesten Nebenwirkungen der verschiedenen Politikbereiche besteht, stellt sich die Frage, ob sich die Gesamtheit der Nebenwirkungen auf die Dauer in Richtung auf eine Stabilisie-

rung oder mehr in Richtung auf eine Destabilisierung der demographischen Grundlagen unserer Gesellschaft auswirkt. Dabei ist unter dem Begriff „demographische Stabilität“ die Abwesenheit von dauernder Bevölkerungsschrumpfung bzw. dauerndem Bevölkerungswachstum gemeint, also Konstanz. Sowohl dauerndes Wachstum als auch dauernde Schrumpfung hätten zwangsläufig den Zusammenbruch jeder Gesellschaft zur Folge. Demographische Stabilität ist somit zugleich eine Voraussetzung politischer Stabilität.

## **2. Grundlegende Tatbestände der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland**

Die Nettofortpflanzungsrate (NRR), das zahlenmäßige Größenverhältnis zweier aufeinanderfolgender Generationen, beträgt in den alten Bundesländern z.Zt. 0,66. Die Größe einer Kindergeneration steht also zur Generation ihrer Eltern im Verhältnis von 66 zu 100, d.h. die Bevölkerung schrumpft von Generation zu Generation (rd. 28 Jahre) um jeweils 34 %. Für die langfristige Konstanz der Bevölkerung (ohne Ein- und Auswanderungen) wäre ein Verhältnis von 100 zu 100 erforderlich, d.h. eine NRR von 1,0.

Die NRR liegt schon seit 20 Jahren auf diesem niedrigen Niveau, und nichts spricht dafür, daß sich hieran etwas ändern wird, jedenfalls gibt es triftige Gründe, die eher ein weiteres Sinken erwarten lassen als einen Anstieg auf 1,0. Ohne die hier lebenden Ausländer, deren NRR zwar über der deutschen Bevölkerung liegt, aber ebenfalls unter 1,0, wäre die NRR der alten Bundesrepublik noch niedriger: Die NRR der deutschen Bevölkerung in den alten Bundesländern liegt bei 0,63, die NRR der ausländischen Bevölkerung schwankt zwischen 0,65 und 0,90. In den neuen Bundesländern hat sich die Geburtenzahl im Zuge der Wiedervereinigung von 198.922

(1989) auf 85.000 (1992) mehr als halbiert, die NRR liegt weit unter dem Niveau im Westen, sie beträgt 0,36. Nimmt man an, daß die 1980 geborene Generation die erste Generation nach der Wiedervereinigung ist, die hoffen kann, im Alter 25-30, also im Zeitraum 2005-10, Lebensbedingungen vorfinden, die denen im Westen entsprechen, dann läßt sich zeigen, daß die NRR in den neuen Ländern mit großer Wahrscheinlichkeit bis in das zweite Jahrzehnt des nächsten Jahrhunderts unter der NRR in den alten Ländern liegen wird.<sup>2</sup>

Betrachten wir die Kinderzahl pro Lebenslauf einer Frau, die in der demographischen Fachterminologie als „Kohortenfertilitätsrate“ (= CFR) bezeichnet wird, bei den unterschiedlichen Generationen, dann erkennen wir, daß die niedrige Geburtenhäufigkeit in Deutschland Teil eines langfristigen, seit 100 Jahren ablaufenden Fertilitätsrückgangs ist, der etwa zeitgleich mit der Einführung der gesetzlichen Alterssicherung einsetzte (Bismarcksche Reformen in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts). Der Rückgang der Kohortenfertilitätsrate war sehr regelmäßig:

Generation 1860	5,0 Kinder
Generation 1873	4,0 Kinder
Generation 1881	3,0 Kinder
Generation 1904	2,0 Kinder
Generation 1920	1,9 Kinder (Zwischenminimum)
Generation 1933	2,2 Kinder (Maximum im 20. Jahrhundert)
Generation 1965	1,5 Kinder (zuverlässig schätzbar)
Generation 1980	1,4 Kinder (Prognose)

Die Kinderzahl pro Lebenslauf einer Frau sinkt seit der Generation von 1860 bis heute kontinuierlich mit nur einer Unterbrechung: Ab der Generation von 1920 stoppte der Rückgang, er kehrte sich um in einen leichten Anstieg, der bis zur Generation von 1933 anhielt. Ab der Generation von 1934 setzte sich der langfristige Abnahmetrend weiter fort. Der

Anstieg der *absoluten* Geburtenzahlen in den 50er Jahren (sog. „Nachkriegs-Babyboom“) beruht auf dem generativen Verhalten der Generationen von 1920 bis 1940, die alle mehr als zwei Kinder pro Frau hatten. Alle anderen im 20. Jahrhundert geborenen Frauenjahrgänge (bis auf die am Anfang des Jahrhunderts in den Jahren von 1900 bis 1904 geborenen) hatten weniger als zwei Kinder.

Die wichtigste Größe für Überlegungen zur künftigen Entwicklung der Fertilität ist der Anteil der lebenslang kinderlosen Frauen an allen Frauen eines Jahrgangs. Genaue Berechnungen dieses Anteils gibt es in Deutschland für die Generationen ab 1935. Der Anteil der lebenslang Kinderlosen stieg kontinuierlich von Generation zu Generation an. Beim Jahrgang 1935 betrug er 9,2 %, er stieg auf 12,7 % beim Jahrgang 1945 und auf 14,8 % beim Jahrgang 1950 bzw. auf 20,3 % beim Jahrgang 1955. Für die Generation von 1960 wurde ein Anteil von 23 % berechnet.<sup>3</sup>

Die Tendenz zur lebenslangen Kinderlosigkeit ist nach wie vor steigend. Die Bevölkerung spaltet sich immer mehr in eine Gruppe ohne und eine Gruppe mit Kindern. Im Gegensatz dazu sind die Anteile der Frauen mit einem, zwei oder drei und mehr Kindern an allen Frauen, die überhaupt Kinder hatten, ziemlich konstant: Bezieht man z.B. die Frauen mit *zwei* Kindern nicht auf alle Frauen eines Jahrgangs, sondern nur auf die Teilmenge, die Kinder hatten, so zeigt sich, daß der Anteil der Frauen mit zwei Kindern nicht nur größer ist als der Anteil der Frauen mit einem Kind, sondern der Anteil der Frauen mit zwei Kindern nimmt sogar von Jahrgang zu Jahrgang leicht zu, wobei die Zunahme stärker ist als die des Anteils mit einem Kind. Weiterhin abnehmend ist der Anteil der Frauen mit drei und mehr Kindern. Bei der Generation von 1958 (letzter verfügbarer Wert) sind die Prozentanteile für die Bezugsmenge „alle Frauen“: 0 Kinder = 22,9 %, 1 Kind = 27,9 %, 2 Kinder = 33,6 % und 3 u.m. Kinder

= 15,5 %. Verwendet man als Bezugsmenge nur die Frauen mit Kindern, so ergeben sich folgende Zahlen: 1 Kind = 36,2 %, 2 Kinder = 43,6 % und 3 u.m. Kinder = 20,1 %.

Eine einfache Rechnung zeigt, daß das Ziel, eine durchschnittliche Kinderzahl von zwei Kindern je Frau zu erreichen, bei einer Konstanz des Anteils der Kinderlosen bzw. des Anteils der Frauen mit einem Kind nicht realisierbar ist: Der Anteil der Frauen mit Null und mit einem Kind ist rd. 23 % bzw. 28 %, zusammen also 51 %; für die Frauen mit zwei Kindern bzw. mit 3 und mehr Kindern verbleibt mithin ein Prozentsatz von insgesamt 49 %. Selbst wenn alle 49 % drei und mehr Kinder hätten (was voraussetzt, daß der Anteil der Frauen mit zwei Kindern Null ist), ergibt sich eine maximale durchschnittliche Kinderzahl von höchstens 1,87 je Frau:

<i>Frauen mit</i>	<i>Anteil in %</i>	<i>Kinderzahl auf 100 Frauen</i>
0 Kindern	23	-
1 Kind	28	28
2 Kindern	-	-
3 u.m. Kindern	49	<u>159</u>
		187

Bei dieser Rechnung wurde für die Gruppe „3 und mehr Kinder“ eine durchschnittliche Kinderzahl von 3,25 je Frau zugrunde gelegt, ein empirischer Erfahrungssatz.

Für einen Anstieg der durchschnittlichen Kinderzahl auf zwei müßten also zwei Voraussetzungen erfüllt sein: Der Anteil der Kinderlosen müßte sinken und der Anteil der Frauen mit drei und mehr Kindern müßte stark zunehmen. Es ist unwahrscheinlich, daß sich diese Voraussetzungen von selbst erfüllen, aber auch für eine intensiviertere familienorien-

tierte Sozialpolitik dürfte dieses Ziel zumindest für die deutsche Bevölkerung in Deutschland unerreichbar bleiben.

Die Konsequenz der niedrigen Fertilität in Deutschland ist der Geburtenrückgang und der Bevölkerungsrückgang. Seit 1972 ist die Zahl der Sterbefälle in den alten Bundesländern größer als die Zahl der Geburten. Seitdem sinkt die Bevölkerungszahl, wenn die Einwanderungen aus dem Ausland nicht ausreichen, um das Geburtendefizit zu kompensieren. Würde die Nettofortpflanzungsrate auf dem heutigen Niveau von 0,66 konstant bleiben, würde die Bevölkerung ohne Wanderungen, wie schon gesagt, in jeweils 28 Jahren (= durchschnittliches Gebäralter bzw. durchschnittlicher Abstand zwischen Eltern- und Kindergeneration), um 34 % abnehmen: 1990 = 80 Mill., 2018 = 52,8 Mill., 2046 = 34,8 Mill., 2074 = 23,0 Mill. usf.

### 3. Wirkungen politischen Handelns auf den Bevölkerungsprozeß

Die Bundesrepublik hatte über lange Jahre die niedrigste Geburtenrate der Welt, sie ist aber nur Vorreiter der demographischen Schrumpfung in den Industrieländern, nicht ein einmaliger Ausnahmefall. Erfahrungen und Gegensteuerungsmaßnahmen gibt es daher in vielen Ländern.<sup>4</sup> Heute haben die südeuropäischen Länder Italien und Spanien die niedrigste Fertilität, aber Deutschland bleibt ein Kandidat für den Spitzenplatz.

Meine These bezüglich der Gesamtwirkung der staatlichen Politikbereiche auf die Geburtenhäufigkeit läßt sich durch das folgende *demo-ökonomische Paradoxon* ausdrücken: *Der Staat beeinflusst die ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des generativen Verhaltens so erfolgreich, daß seine familienpolitischen Maßnahmen erfolglos bleiben müssen.* Je besser die

Wirtschaftspolitik das Ziel eines möglichst großen Durchschnittseinkommens erreicht und je höher die Nettoeinkommen der Frauen sind, desto höher sind die zugunsten der Kindererziehung nicht erzielten Erwerbseinkommen (sog. „Opportunitätskosten“), die sich auf ein entgangenes Lebenseinkommen von mehr als einer Million DM belaufen können: Legt man einen Beruf mit einem Jahreseinkommen von 60.000,- DM zugrunde, und unterstellt man, daß eine Frau drei Kinder hat, die im Abstand von 3 Jahren zur Welt kommen, so daß sie 15 Jahre aus dem Beruf ausscheidet, betragen die einkommensmäßigen Opportunitätskosten 900.000 DM. Selbst bei angenommenen, extrem hohen staatlichen Zahlungen von 1.000 DM pro Kind und Monat für je 20 Jahre ergäbe dies nur einen Betrag von 720.000 DM. Davon müßten noch die Kosten für die Kinder subtrahiert werden.

Die monetären Opportunitätskosten sind aber für viele Frauen noch nicht einmal das Entscheidende: Wichtiger können die sozialen Opportunitätskosten sein, d.h. der Verzicht auf die Teilhabe an der sozialen Welt, die in unserer Arbeitsgesellschaft in starkem Maße über die Erwerbstätigkeit vermittelt wird. Eine Erweiterung dieser Überlegungen führt zu den biographischen Opportunitätskosten, die die ökonomischen einschließen.<sup>5</sup> Dieser Ansatz wird durch die empirische Tatsache erhärtet, daß die beträchtlichen regionalen Unterschiede der Geburtenrate in einem engen Zusammenhang mit den regional unterschiedlichen Lebenswelten und den entsprechenden Unterschieden der biographischen Opportunitätskosten stehen.

Die Erfahrungen in den westlichen Industrieländern, aber auch im ehemaligen Ostblock, lehren, daß monetäre staatliche Unterstützungsmaßnahmen insgesamt nur eine schwache Wirkung auf die durchschnittliche Kinderzahl haben. Nicht monetäre Maßnahmen wie das Baby-Jahr in der früheren DDR, eine mit unserem Erziehungsurlaub vergleichbare Maßnahme,

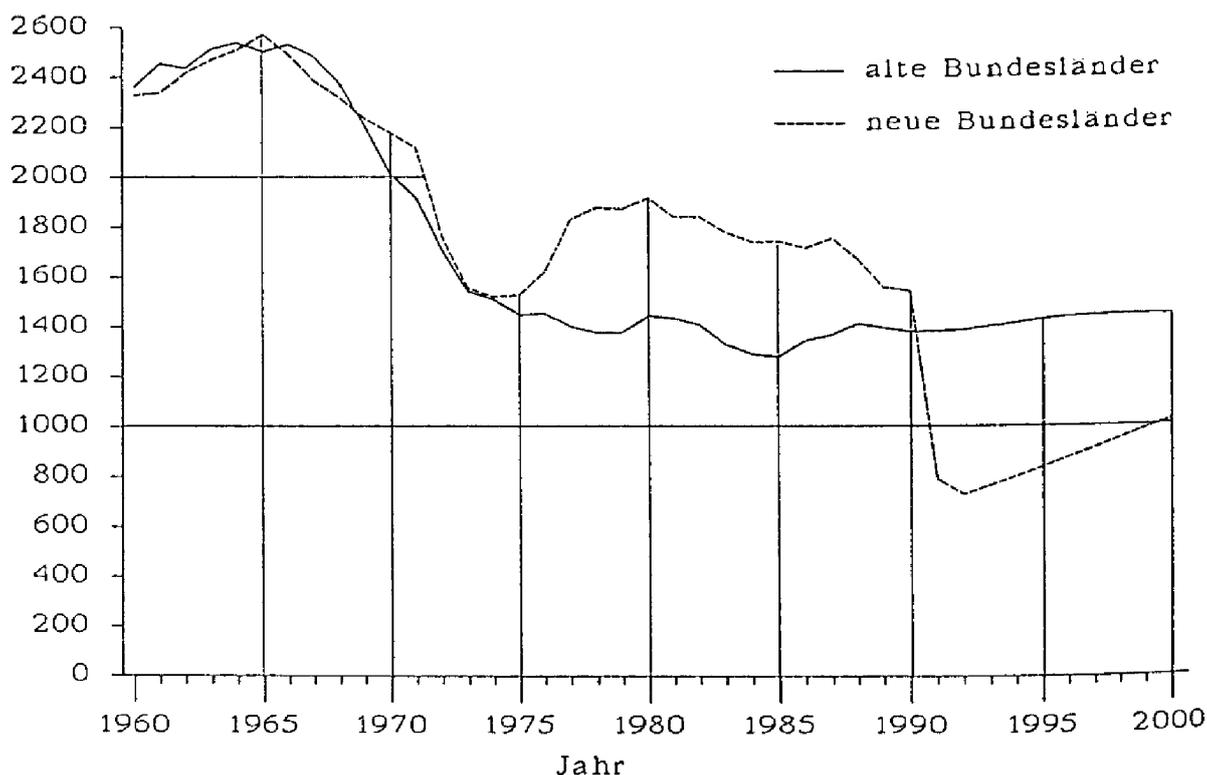
wirkten sich nach dem Urteil der Experten auf die Häufigkeit erster Kinder überhaupt nicht aus, da ohnehin nahezu alle Frauen in der früheren DDR mindestens ein Kind haben wollten bzw. hatten.<sup>6</sup> Dies ist ein markanter Unterschied zur früheren Bundesrepublik, der wahrscheinlich damit zusammenhängt, daß der Anspruch auf eine eigene Wohnung und auf andere Zuteilungen in der früheren DDR von der Zahl der Kinder abhängig war. Eine notwendige Bedingung für die Wirksamkeit dieser Unterstützungsmaßnahmen war die flächendeckende Versorgung mit Kinderkrippen, die wesentlich verbreiteter waren als im Westen, während der Unterschied in bezug auf die Kindergärten weitaus geringer war.

Die dezidiert pronatalistische Geburtenpolitik in der früheren DDR hat den fallenden Fertilitätstrend nur vorübergehend unterbrechen, jedoch nicht stoppen und schon gar nicht umkehren können. Die Geburtenhäufigkeit verlief in den 50er und 60er Jahren im Osten und Westen Deutschlands bis zur Einführung massiver politischer Maßnahmen in der früheren DDR ab der 1. Hälfte der 70er Jahre nahezu parallel. Selbst in der Zeit ihrer größten Wirksamkeit hat die geburtenfördernde Politik das Ziel einer bestandserhaltenden Kinderzahl von etwa 2,1 Kindern pro Frau nicht erreicht (s. Schaubild 1).

Wie ist die Wirkung der neuen Familienpolitik zu beurteilen, mit der die in der alten Bundesrepublik geltenden familienpolitischen Maßnahmen mit Wirkung vom 1.1.1986 erheblich verbessert wurden? Das Erziehungsgeld und der Erziehungsurlaub mit Weiterbeschäftigungsgarantie nach Ablauf von 12 Monaten (ab 1.7.1989 auf 15 Monate und ab 1.7.1990 auf 18 Monate erweitert) und die Anrechnung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung waren erhebliche Verbesserungen, auf die sich viele Hoffnungen gründeten. Die Urteile der Demographen stimmen darin überein, daß diese Maßnahmen, wenn überhaupt, für das generative Verhalten der deutschen Bevölkerung nur eine geringe Bedeutung hatten

**Schaubild 1: Entwicklung der zusammengefaßten  
Geburtenziffer nach Kalenderjahren  
in den alten und neuen Bundesländern**

Lebendgeborene auf 1000 Frauen (TFR)



und haben.<sup>7</sup> Vor Einführung der Maßnahmen betrug die Kinderzahl (Gesamtgeburtenziffer) 1280 Kinder auf 1000 deutsche Frauen. Sie stieg zwar bis 1988 auf 1380, also um fast 8 %, aber schon 1989 (letzter Wert) sank sie wieder auf 1370, und es ist wahrscheinlich, daß sich der Rückgang fortsetzt.

Die alte Erfahrung, daß neue familienpolitische Maßnahmen schon wenige Jahre nach ihrer Einführung als etwas Selbstverständliches betrachtet werden, so daß sich die Wirkung abschwächt und die Gesamtgeburtenziffer wieder auf das vorherige Niveau sinkt, scheint sich erneut zu bestätigen.

So war es zuletzt im Jahr 1979 bei der Einführung des Mutterschaftsgeldes in Verbindung mit Mutterschaftsurlaub für erwerbstätige Mütter. In Schaubild 1 erkennt man im Jahr 1980 nur einen geringfügigen Anstieg der Kurve, die wenige Jahre später wieder auf ihr altes Niveau gesunken ist.

Gegen diese Darstellung läßt sich einwenden, daß man über die Wirkung der Maßnahmen streng genommen nichts aussagen könne, weil man nicht wissen kann, wie hoch die Geburtenhäufigkeit ohne diese Maßnahmen gewesen wäre. Dieses Argument ist ernst zu nehmen, aber es ernst zu nehmen ist gleichbedeutend mit dem Zugeständnis, daß die Geburtenhäufigkeit ohne staatliche Maßnahmen möglicherweise noch niedriger sein könnte. Hierfür spricht u.a., daß Italien – ein Land, in dem es praktisch keine familienpolitischen Maßnahmen gibt –, die niedrigste Geburtenrate der Welt hat.

In diesem Zusammenhang wird häufig auf *Schweden* verwiesen. Dort sei die Frauenerwerbstätigkeit und die Familienarbeit durch eine intelligente Politik wesentlich leichter vereinbar, so daß sowohl die Frauenerwerbsquote als auch die Kinderzahl pro Frau sehr viel höher seien als in Deutschland. Tatsächlich ist die durchschnittliche Kinderzahl in Schweden von 1983 auf 1991 von rd. 1,6 Kindern je Frau auf den für europäische Verhältnisse sensationellen Wert von knapp 2,2 gestiegen. Der Anstieg der durchschnittlichen Kinderzahl beruht jedoch auf einer Zunahme der Geburtenziffern für Dritte Kinder und für Kinder höherer „Ordnungsnummern“. Der Wandel des generativen Verhaltens betrifft somit nur ältere Jahrgänge, während sich bei den Geburtenziffern für erste und zweite Kinder, also bei den jüngeren Frauenjahrgängen, kein Anstieg zeigt. Ein wirklicher Wandel des generativen Verhaltens müßte sich aber bei den jüngeren Jahrgängen ankündigen und von Dauer sein. Da dies nicht der Fall ist, gehört keine Prophetie dazu, vorauszusagen, daß die durchschnittliche Kinderzahl in Schweden wieder sinken wird,

und sie tut dies auch bereits wieder seit 1992. Im übrigen ist Schweden kein verallgemeinerbares Beispiel: Schon im 18. Jahrhundert war Schweden der große Ausnahmefall in Europa. Die Kinderzahl war damals schon im europäischen Vergleich extrem hoch. Deshalb wurde Schweden von den Demographen des 18. Jahrhunderts als „*Vagina Gentium*“, als „*Pflanzschule der Völker*“, bezeichnet. Was auch immer die damaligen Gründe waren – Schweden ist im Hinblick auf seine hohe Geburtenrate bis heute ein nicht übertragbarer Sonderfall geblieben.

#### 4. Das Wesen der demographischen Krise

Das generative Verhalten hat eine Dimension, die es über andere Verhaltensweisen weit hinaushebt: In der klassischen Zeit der Bevölkerungswissenschaft war es eine beliebte Metapher, in der Fortpflanzung des Menschen eine Handlung zu sehen, bei der „die Menschen eine Art Schöpfung betreiben“. Einem intellektuellen Gemeinplatz zufolge glaubt der moderne Mensch nicht an Gott, und der postmoderne nicht mehr daran, den religiösen Glauben durch die ins Absolute erhobene Autonomie seiner Person ersetzen zu können; wie sollte er dann daran glauben, daß es sich lohne, die mit der eigenen Fortpflanzung verbundenen großen Mühen der Kinderaufzucht und Erziehung auf sich zu nehmen? Die Menschen treten aus der Kirche aus, kann es erstaunen, daß sie auch aus der Familie austreten?

Angesichts dieser Fragezeichen nach den tiefer liegenden Gründen des menschlichen Handelns und Sich-Verhaltens muß es vermessen erscheinen, die diffizile Frage nach den Wirkungen politischen Handelns auf das generative Verhalten zu stellen, geschweige denn Antworten darauf zu geben. Denn um über diese Wirkungen etwas aussagen zu können, muß man klare Vorstellungen über die diesen Wirkungen zugrunde

liegenden Ursache-Wirkungs-Verflechtungen entwickeln, d.h. man benötigt eine Theorie. Ohne diesen Kompaß ist jeder im Irrgarten der statistischen Daten verloren. Man erspare es mir, hier die Charakteristika einer entsprechenden, notwendigerweise komplexen Theorie darzustellen, ich habe dies an anderer Stelle in ausführlicher Weise getan.<sup>8</sup> Statt dessen möchte ich hier einen besonderen Wesenszug der demographischen Krise hervorheben, der meist übersehen wird: die Ausrichtung des individuellen Verhaltens am Prinzip der Konkurrenz, wie es sich in den Markt- bzw. Wettbewerbswirtschaften herausgebildet hat, aber auch in den Zentralverwaltungswirtschaften des Ostblocks nicht unbekannt war.

In einer Gesellschaft zu leben, bedeutet für die Individuen, nicht absolut frei wählen zu können, auf welche Weise sie ihre ureigensten Lebensziele erreichen. Was auch immer das Individuum für sein persönliches Wollen als wichtig betrachtet – die Mittel für die Verwirklichung seiner Ziele müssen zwischen Individuen (und Gruppen) ausgehandelt, erkämpft und in Konkurrenz und Wettbewerb gegeneinander gewonnen werden, damit das gemeinsam Erarbeitete verteilt werden kann. Der Wohlstand der modernen Industriegesellschaften beruht auf der durch Arbeitsteilung und Wettbewerb erreichten Produktivität ihrer Volkswirtschaften, und die Grundlage dieser Produktivität ist die durch Konkurrenz und Wettbewerb erreichte Leistungsbereitschaft der Individuen. Zu ihrer Mobilisierung dienten die meisten gesellschaftlichen Reformen der Moderne, z.B. die Einführung der allgemeinen Schulpflicht, die nicht zufällig zuerst in einem armen Land verwirklicht wurde, nämlich in Preußen, und zwar 100 Jahre vor Frankreich.

In den modernen konkurrenzwirtschaftlich organisierten Markt- und Wettbewerbsgesellschaften wird der einzelne nicht wie in den Standesgesellschaften des Mittelalters oder in den Obrigkeitsstaaten der Feudalzeit in einen bestimmten Platz der Gesellschaft hineingeboren, dies würde es den Individuen

nicht ermöglichen, ihr Leistungspotential zur Entfaltung zu bringen. Die Lebensaufgabe des einzelnen besteht nicht in der Ausfüllung einer durch die Herkunftsfamilie vorbestimmten „Stelle“ in der Gesellschaft, vielmehr wird er – jedenfalls der Idee nach – unabhängig von Stand und Herkunft durch Erziehung darauf hingeleitet, seinen Ort in der Gesellschaft selbst zu definieren und etwas aus „sich“ zu machen. Seine Biographie ist nicht vorgegeben, er muß sie sich schaffen, und er muß sie sich mitsamt ihren Erfolgen und Fehlschlägen zurechnen lassen. Daß diese Anforderungen bei vielen Menschen, wenn nicht bei den meisten, auf eine Überforderung hinauslaufen, wird selten thematisiert (O. Marquard). Noch seltener wird erkannt, daß das an sich positive Prinzip des Wettstreits zwischen Individuen negative Wirkungen haben kann, die mit dem Prinzip selbst verbunden sind und zu deren Erklärung ein Rückgriff auf Kategorien wie die der „Verdinglichung“ nicht erforderlich ist. Die negative Entwicklung äußert sich darin, daß der nur mögliche, aber nicht erreichte Gewinn schon als ein Verlust empfunden wird (Spaemann). Im Extremfall steigert sich dieses Verhalten zur Überforderung der eigenen Kräfte, zu einer Konkurrenz mit den eigenen Möglichkeiten und zur Selbstausbeutung.

Der Staat fördert und fordert den ökonomischen Wettbewerb nicht nur zwischen den Betrieben, sondern auch zwischen den Individuen, so als sei der einzelne eine Art unternehmerischer Souverän über das in seinem Eigentum stehende persönliche Leistungspotential, für dessen optimale Nutzung er der Gesellschaft gegenüber rechenschaftspflichtig ist. Ein biographischer Fehlschlag wie Arbeitslosigkeit wird dem Individuum vom Staat in der größten Selbstverständlichkeit als Risiko seiner verfehlten unternehmerischen Lebensplanung zugerechnet. Der Staat fordert von den Individuen beruflich und räumlich mobil zu sein und die Biographie von Festlegungen und Bindungen frei zu halten, um berufliche Optionen

offenzuhalten und auf die Anforderung des Arbeitsmarktes flexibel reagieren zu können. Gleichzeitig wird jedoch erwartet, daß sich die Menschen durch Partnerbindungen und durch die Übernahme elterlicher Verantwortung auf langfristige biographische Festlegungen einlassen. Indem sich der Staat diesem Widerspruch gegenüber so verhält, daß dem einzelnen nur der Schluß bleibt, daß es sich bei seinem Dilemma um ein *unaufhebbares Strukturmerkmal* der modernen Gesellschaft handelt, entfaltet er Wirkungen auf die Geburtenrate, die durch kompensierende familienpolitische Maßnahmen kaum mehr korrigierbar sind. – Das Wesen der demographischen Krise besteht darin, daß sich unsere Gesellschaft, um erfolgreich zu sein, zu einer Konkurrenzgesellschaft entwickelt hat, mit der unbeabsichtigten Folge, daß ihre demographische Substanz in dem Maße schwindet, wie ihr Erfolg zunimmt.

### **5. Das falsche Bewußtsein in bezug auf die Natur der demographischen Probleme in Deutschland**

Die Geschichte lehrt, daß die bisherigen Bevölkerungsprobleme nicht eigentlich durch die demographische Entwicklung entstanden, sondern durch die Art des intellektuellen Umgangs mit ihnen und durch die fortschreitende fachliche Aufsplitterung des Forschungsgegenstandes im Zuge des auch in der Wissenschaft herrschenden Trends zur Arbeitsteilung zwischen den Disziplinen, z.B. zwischen Bevölkerungssoziologie, Bevölkerungsökonomie, Bevölkerungsgeschichte, Bevölkerungsstatistik u.a.m. Die Zersplitterung und Vermehrung des Wissens brachte es mit sich, daß niemand mehr das ganze Fachgebiet überblickt, so daß sich auch niemand für die fachübergreifenden Probleme verantwortlich fühlen möchte.

Ebenso wie bei den durch das hohe Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern hervorgerufenen Bevölkerungs-

problemen, so besteht auch in Deutschland das eigentliche Bevölkerungsproblem nicht in der realen Bevölkerungsentwicklung, so gravierend und dramatisch diese auch ist, sondern in einer Art falschen Bewußtseins in bezug auf den Charakter unseres Bevölkerungsproblems. Ein Teil des Bewußtseinsproblems beruht auf simpler Unkenntnis und auf Oberflächlichkeit beim Nachdenken über die Eigenschaften der Bevölkerungsdynamik. Ein häufiger Irrtum begegnet einem in der folgenden Meinung: Was macht es schon, daß die Geburtenrate in Deutschland nicht für die Bestandserhaltung ausreicht, dann pendelt sich eben die Bevölkerungszahl auf einem niedrigeren Niveau ein, und das ist für die Umwelt ohnehin besser.

Es ist wichtig, sich klarzumachen, daß sich die Bevölkerungszahl bei einer das Bestandserhaltungsniveau unterschreitenden Fertilität eben *nicht* auf einem niedrigeren Niveau einpendeln und einen Gleichgewichtszustand erreichen kann, sondern daß die Schrumpfung ohne Einwanderungen unaufhörlich fortschreiten *muß*, wenn sich das generative Verhalten nicht grundlegend ändert. Das läßt sich sofort einsehen: Die Kinder, die die Nicht-Geborenen nun einmal nicht haben, haben ihrerseits keine Kinder usf. Wenn das Geburtendefizit groß ist, schrumpft die Bevölkerung sogar dann für Jahrzehnte weiter, falls die potentiellen Eltern zu einer höheren Fertilität mit mehr als zwei Kindern pro Frau zurückgekehrt sein sollten, weil ihre schrumpfende Anzahl den Fertilitätsanstieg überkompensiert. Die *Eigendynamik der Schrumpfung* ist also vom Verhalten der Individuen weitgehend *unabhängig*, jedenfalls mittelfristig, wobei mittelfristig in der Demographie meist „für Jahrzehnte“ bedeutet. Somit ist eine einmal in Gang gekommene Schrumpfung auch durch eine noch so erfolgreiche Familienpolitik kurzfristig nicht zu stoppen, ebensowenig wie das Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern durch einen sofortigen Fall der Nettofortpflanzungsrate auf

1,0 zum Stillstand käme, weil die große Zahl der nachwachsenden, schon lebenden späteren Mütter und Väter, die heutigen Kinder, den unterstellten sofortigen Fertilitätsrückgang weit überkompensiert, so daß die Weltbevölkerung für Jahrzehnte weiterwachsen muß (*Schwung* oder *Eigendynamik des Bevölkerungswachstums*). Für Deutschland ist daher eine möglichst optimale Anpassung an die unvermeidlichen Folgen der Schrumpfung – die demographische Alterung der Gesellschaft und die unverzichtbare Einwanderung –, die einzige realistische Strategie. Denn eine Schrumpfung ohne Alterung gibt es nicht, wenn die Hauptursache der Schrumpfung eine zu niedrige Geburtenhäufigkeit ist.

Wenn Deutschland eine Bevölkerungspolitik hätte oder anstreben würde, bestünde das langfristige Ziel wahrscheinlich in einer *stationären Bevölkerung* (= konstante Bevölkerungszahl bei einer Nettofortpflanzungsrate von 1,0 und einem Wanderungssaldo von Null), also in der Abwehr sowohl von Schrumpfung als auch von Wachstum, denn beide Alternativen haben auf die Dauer selbstzerstörerische Konsequenzen. Allein schon die Vermeidung dieser Konsequenzen macht das Ziel einer stationären Bevölkerung erstrebenswert, es kommen aber weitere Vorteile hinzu:

- (1) Umfragen zufolge ist die 2-Kinder-Familie die ideale Familiengröße. Die Verwirklichung dieses Ideals entspräche einer konstanten Bevölkerungszahl bzw. einer stationären Bevölkerung.
- (2) Die Versorgungslasten, gemessen als Verhältnis der Bevölkerung im Alter über 65 zur Bevölkerung im mittleren Alter zwischen 15 und 65, erreichen in Gesellschaften mit hoher Lebenserwartung bei einer knapp über 1,0 liegenden Nettofortpflanzungsrate, also bei einer stationären bzw. nahezu stationären Bevölkerung, ein Minimum.<sup>9</sup>

(3) Eine stationäre Bevölkerung mit einer konstanten Altersstruktur erleichtert die langfristige gesellschaftliche Planung in allen Bereichen, insbesondere in der Bildungspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Wohnungsbaupolitik und Gesundheitspolitik, weil die Zahl der Bevölkerung in den entsprechenden Altersgruppen, für die geplant wird, bekannt ist.

(4) Eine stationäre Bevölkerung reproduziert sich selbst, d.h. die demographischen Grundlagen der Gesellschaft müssen nicht auf Dauer aus dem Ausland durch Einwanderungen importiert werden, so daß auch die importierten gesellschaftlichen Konflikte entfallen.

Diese Vorteile sind so evident und von so hohem Gewicht, gleichzeitig aber erscheinen sie so unerreichbar, daß man die stationäre Bevölkerung als eine *demographische Utopie* bezeichnen könnte – jedenfalls was Deutschland betrifft. In anderen europäischen Ländern, z.B. in Frankreich, ist dieses Ziel eher erreichbar. Die Verwirklichung der Utopie in Deutschland würde voraussetzen, daß sich die innere Struktur und die politische Identität unserer Gesellschaft, einschließlich ihrer wettbewerbs- und konkurrenzwirtschaftlichen Organisation, in revolutionärer Weise ändern müßten. Es wäre vollkommen unreal, anzunehmen, daß dies in absehbarer Zeit geschehen könnte, aber es wäre auch nicht wünschenswert, denn von den Bürgern einer Gesellschaft, die in bezug auf deren demographische Grundlagen in einem falschen Bewußtsein verharren bzw. im Zustand der Vor-Aufklärung leben, kann nicht die politische Mündigkeit erwartet werden, die eine Voraussetzung dafür ist, damit ein solcher Prozeß von den Individuen getragen und nicht gegen die Bevölkerung vom Staat aus betrieben wird und sich in einer humanen Weise vollzieht, jedenfalls kann als sicher gelten, daß ein staatlicher Versuch, der Bevölkerung mit fiskalpolitischem Nachdruck oder mit anderen Mitteln ein bestimmtes generatives Verhalten aufzu-

zwingen bzw. abzukaufen, in einer fürchterlichen Verrohung enden würde. Der Nazi-Staat berief sich auf eine angebliche „Fortpflanzungspflicht“ aller gesunden Mitglieder der Volksgemeinschaft (F. Burgdörfer). Unter den Folgen dieses Experiments am lebenden „Volkskörper“ leidet Deutschland noch heute.

## 6. Die verkannte Aufgabe

Eine Folge des falschen Bewußtseins bezüglich der Natur der Bevölkerungsprobleme in Deutschland ist, daß es unsere Gesellschaft bisher versäumt hat, sich über die Eigendynamik der Bevölkerungsschrumpfung aufzuklären, wodurch die Gefahr heraufbeschworen wird, daß sich der sprichwörtliche Mann auf der Straße hinters Licht geführt fühlen könnte, auch wenn es sich um ein bloßes Versäumnis handelt, hinter dem gar keine Strategie oder tiefere Absicht stecken kann, weil die eventuell zu Verdächtigenden selbst nicht ausreichend informiert sind, obwohl alle wesentlichen Informationen über die Bevölkerungsentwicklung Deutschlands von den Demographen seit 20 Jahren in unzähligen Veröffentlichungen und Vorträgen publik gemacht wurden und werden.<sup>10</sup>

Wenn man aus dem Aufklärungsdefizit partout einen Vorwurf z.B. an „die“ Politik konstruieren wollte, müßte man eine noch schärfere Kritik an „die“ Wissenschaft richten, die mit dem Gerede vom „Wertewandel“ der eingängigen Meinung Vorschub leistete, daß es genügen würde, daß „sich“ die Werte nur abermals zu wandeln brauchten, um die demographischen Probleme wieder zum Verschwinden zu bringen. Die Männer lieben ihre Frauen und die Frauen ihre Männer heute nicht weniger als vor dem sogenannten Wertewandel, und das gleiche gilt für die Liebe der Eltern zu ihren Kindern. Nicht die diesbezüglichen Werte haben „sich“

geändert, sondern die lebenspraktischen Bedingungen für ihre Realisierung sind seltener anzutreffen bzw. ungünstiger geworden. Aber nicht, weil es uns heute schlechter geht als früher, sind die Bedingungen zur Realisierung familienorientierter Werte und des Kinderwunsches ungünstiger, sondern, wie oben ausgeführt, weil es uns *besser* geht. Indem in der Wissenschaft die Wertsphäre von der Sphäre der Tatsachen auch dort scharf getrennt wird, wo diese Trennung aus wissenschaftlichen Gründen nicht notwendig wäre, entgehen die Wissenschaftler dem Zwang, zu erklären, *warum* sich der behauptete Wertewandel überhaupt vollzieht. Der Dualismus zwischen Werten und Tatsachen, reiner Theorie und empirischer Forschung, ist in der deutschen Wissenschaft wesentlich stärker ausgeprägt als in der angelsächsischen, er beruht auf einer Eigentümlichkeit unserer geistesgeschichtlichen Entwicklung, insbesondere auf bestimmten Spielarten der Phänomenologie und ihren Verzweigungen in den Sozialwissenschaften.<sup>11</sup> Eine Folge ist die bekannte Ausklammerung demographischer Probleme aus dem wissenschaftlichen Diskurs bzw. die Verharmlosung demographischer Probleme durch wissenschaftliche Scheinerklärungen.

Auf Grund von Erfahrungen in der Öffentlichkeitsarbeit weiß ich, wie problematisch es ist, einem unvorbereiteten Publikum mitzuteilen, daß Deutschland bei einer Fortdauer der niedrigen Geburtenhäufigkeit auf millionenfache Einwanderungen angewiesen ist. Ich muß allerdings gestehen, daß auch ich nicht begreife, was es wirklich bedeutet, daß allein schon die alte Bundesrepublik zur Aufrechterhaltung ihres Bevölkerungsbestandes – einmal unterstellt, sie würde dieses Ziel verfolgen – schon ab dem Jahr 2010 einen jährlichen Überschuß der Einwanderungen über die Auswanderungen (= Wanderungssaldo) von 268.000 benötigt, der bis zum Jahr 2040 auf fast 400.000 steigt und sich schließlich bei rd. 300.000 einpendelt:

„Erforderlicher“ Wanderungssaldo (Überschuß der Einwanderungen über die Auswanderungen) der alten Bundesrepublik pro Jahr in 1000

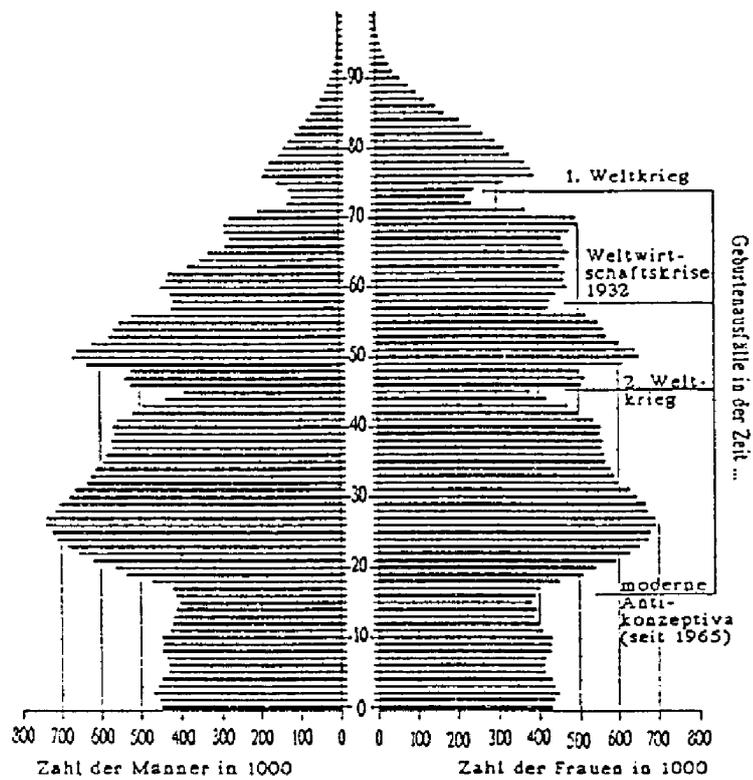
	pro Jahr	kumuliert
1991	7	7
1995	46	123
2000	165	689
2005	244	1778
2010	268	3086
2015	275	4452
2020	291	5862
2030	368	9175
2040	397	13081
2050	358	16886
2060	287	20057
2070	280	22828
2080	298	25741
2090	302	28740
2100	309	31800

Infolge der jetzt ins Elteralter nachrückenden geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre ist das Geburtendefizit bis Mitte der 90er Jahre relativ niedrig. Danach steigt es rasch. Deshalb ist der „erforderliche“ Wanderungssaldo in den 90er Jahren zunächst weitaus niedriger als der tatsächliche, der z.B. im Jahr 1991 601.000 Personen betrug (Saldo zwischen 1.183.000 Zugezogenen und 582.000 Fortgezogenen).

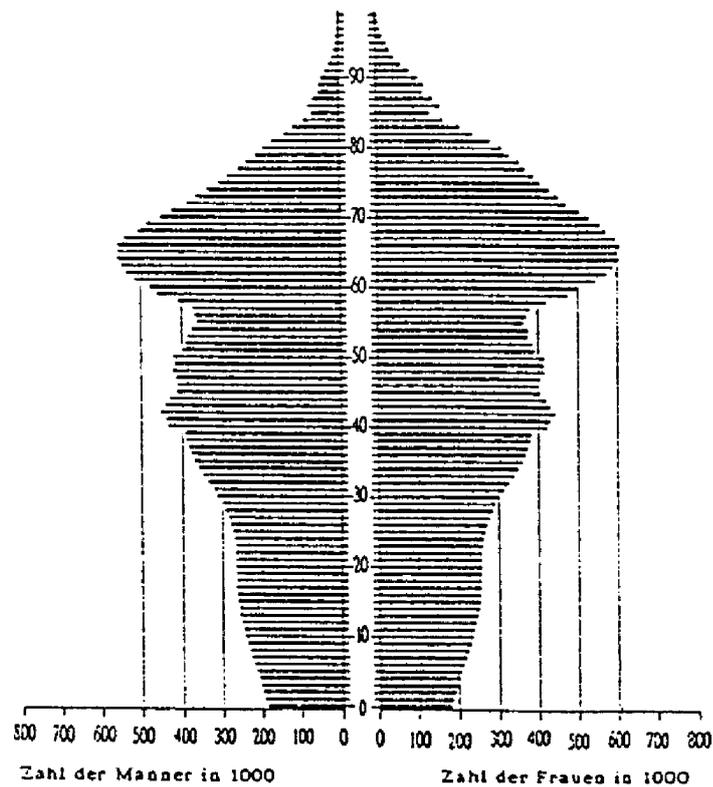
Die in der Tabelle errechneten erforderlichen Wanderungssalden hängen in starkem Maße von der künftigen Entwicklung der Geburtenrate ab. In der obigen Modellrechnung wurde ein Anstieg der Kinderzahl auf 1000 Frauen (Total Fertility Rate) unterstellt. Rechnet man eine Variante mit einer

## Schaubild 2: Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik

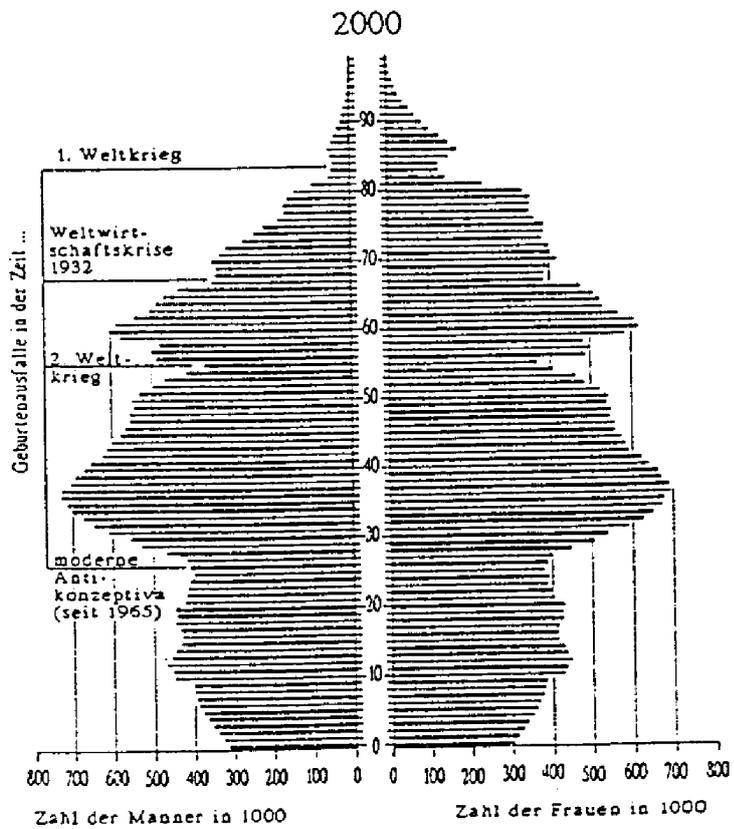
31. 12.1990



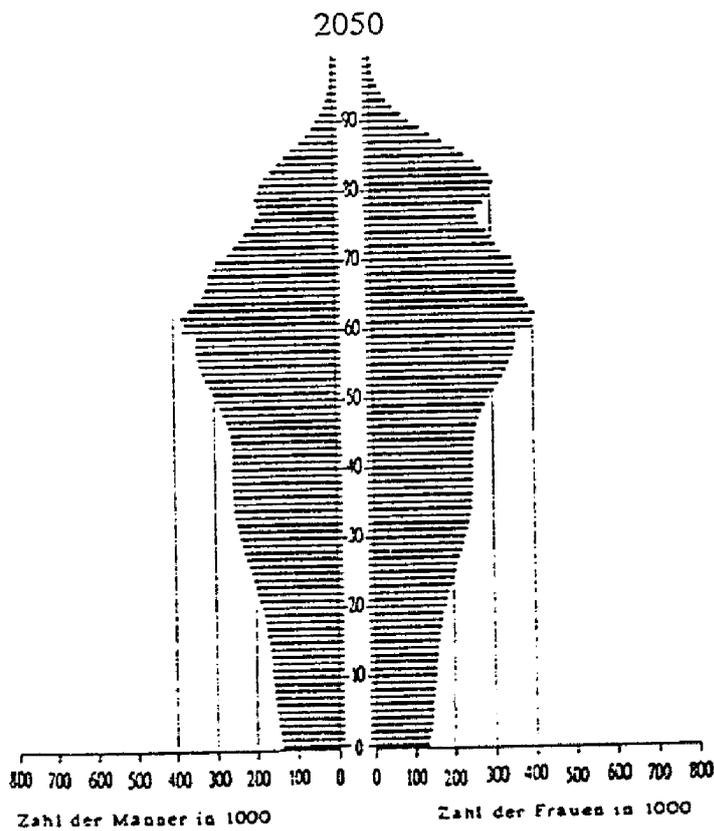
2030



Deutschland, ohne Wanderungen gegenüber dem Ausland



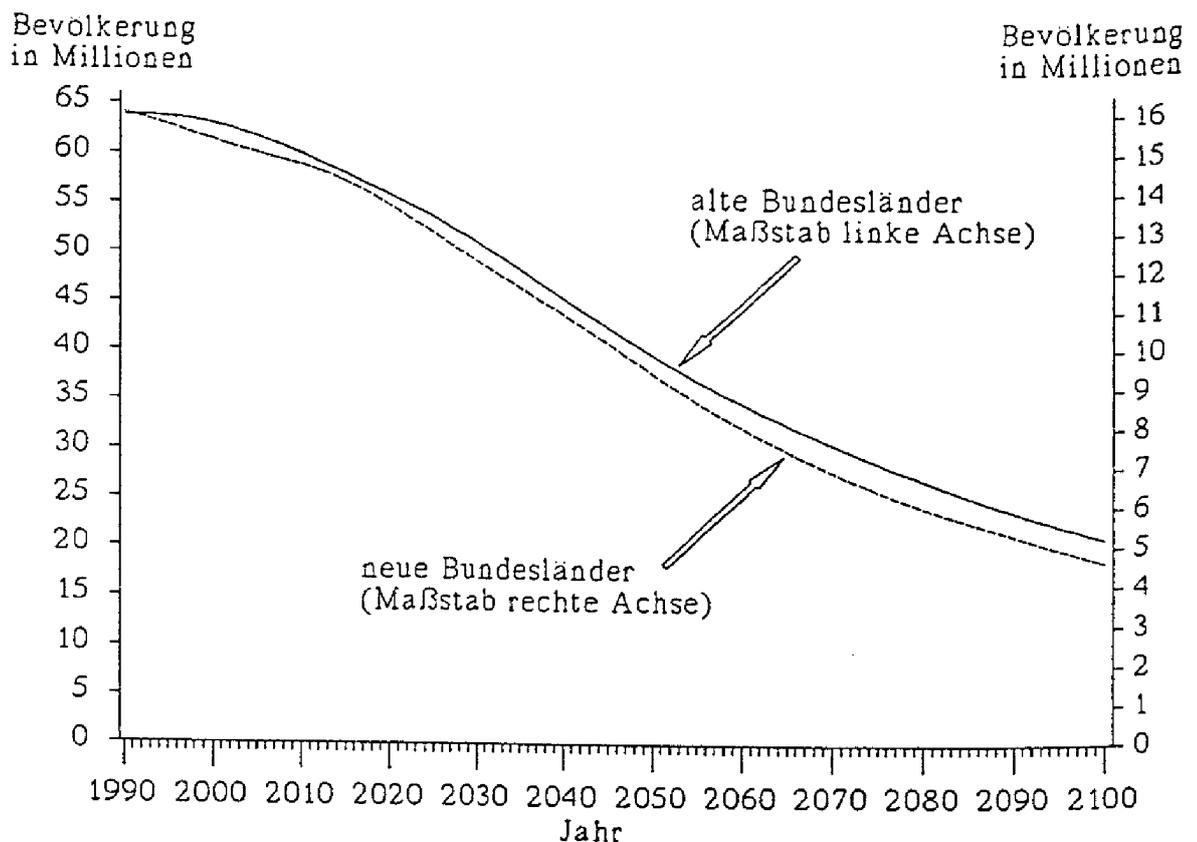
Annahme: Fertilität und Mortalität des Basisjahres 1990 konstant  
 Hinweis: Die Einschnürung im Alter 10 (Jahr 2000), im Alter 40 (Jahr 2030) bzw. im Alter 60 (Jahr 2050) beruht auf dem starken Geburtenrückgang zwischen 1989 und 1991 in den neuen Bundesländern.



konstanten Kinderzahl pro Frau, dann erhöht sich der erforderliche Wanderungssaldo in der Mitte des nächsten Jahrhunderts um bis zu 100.000 Personen pro Jahr.

Summiert man die erforderlichen Wanderungssalden auf, ergibt sich bis zum Jahr 2050 eine Zahl von 16,9 Mio. Je länger der Vorausberechnungszeitraum ist, desto höher ist die Zahl. Bei der Berechnung wurde berücksichtigt, daß die Zu- bzw. Eingewanderten eine jüngere Altersstruktur haben als die Bevölkerung im Inland. Die Wirkung der jungen Alters-

**Schaubild 3: Bevölkerungsentwicklung in den alten und neuen Bundesländern, falls keine Wanderungen stattfinden**



Quelle: Birg, H. u. Flöthmann, E.-J.: Bevölkerungprojektionen für das wiedervereinigte Deutschland bis zum Jahr 2100. In: Materialien des Institutes für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld, Bd. 35, Bielefeld 1993 (im Druck)

struktur auf die Geburtenbilanz (= „Sekundäreffekt“ der Wanderungen) ist positiv, sie beträgt bis 2050 7,17 Mio. Die kumulierte Zahl der Zugezogenen einschließlich ihres Sekundäreffekts beträgt somit bis 2050 24,1 Mio. Dies bedeutet einen Anteil der zugewanderten Bevölkerung und deren Nachkommen von 37,7 % im Durchschnitt der alten Bundesländer, nicht gerechnet den Anteil der jetzt schon hier lebenden Bevölkerung aus dem Ausland (alte Bundesländer: 8,6 %). Da der Anteil der Ausländer regional sehr unterschiedlich ist (in bestimmten Verdichtungsräumen wie Frankfurt beträgt er das Zwei- bis Dreifache des Bundesdurchschnitts), verlöre die deutsche Bevölkerung in vielen Gebieten mit größter Wahrscheinlichkeit ihre immer als etwas Selbstverständliches vorausgesetzte Mehrheit. In der früheren DDR wäre dieser Prozeß wegen der niedrigen Fertilität noch intensiver, dort betrüge der Anteil der zugewanderten Bevölkerung sogar 40,9 %.<sup>12</sup>

Ebenso dramatisch wie das Szenario der Bevölkerungskonstanz durch Einwanderungen ist das Kontrastszenario der Bevölkerungsschrumpfung ohne Wanderungen. In den Schaubildern 2 und 3 ist das Ergebnis der entsprechenden Modellrechnungen dargestellt. Würden die alten Bundesländer ihre absehbare Arbeitskräftelücke durch Wanderungen aus den neuen Bundesländern decken, wäre die Abnahme dort noch wesentlich größer, bis hin zu einem Ausbluten der für den wirtschaftlichen Wiederaufbau benötigten Altersklassen im jüngeren und mittleren Alter.

Es wird oft behauptet, daß sich die Bevölkerung durch den Zuzug junger Menschen aus dem Ausland stark verjüngt. Dies ist nur in einem eingeschränkten Maße richtig: Ein starker Anstieg des Altenquotienten (Quotient aus der Zahl der über 65jährigen zur Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 65) wäre trotz der unterstellten jungen Altersstruktur der Zugezogenen unvermeidlich, weil die eingewanderte Bevölkerung 40 Jahre nach ihrem Zuzug den Altenquotienten ent-

sprechend erhöht. Der Anstieg des Altenquotienten wird durch Einwanderungen gemildert, aber der Anstieg ist unvermeidlich. Bei der obigen Modellrechnung einer durch Wanderungen konstant gehaltenen Bevölkerung würde z.B. der Altenquotient von heute 0,22 auf Werte um 0,35 in der Mitte des nächsten Jahrhunderts steigen.

Nur ein generationenübergreifender Konsens und eine Politik der Jahrzehnte vorausdenkenden Verantwortung könnte, wenn überhaupt, die Voraussetzungen für eine Gesellschaft schaffen, die nicht davon leben muß, daß sie ihre demographische Substanz aus anderen Gesellschaften importiert bzw. erborgt. In den Jahrzehnten, die vergehen würden, ehe eine solche Politik Wirkungen zeitigen könnte, würde die Bevölkerung einem von gleichgerichteten wirtschaftlichen Interessen losse zusammengehaltenen Konglomerat kulturell unterschiedlicher und einander mehr oder weniger fremder Teilbevölkerungen ähnlicher sein als dem, was in unserer Sprache und in unserer Verfassung in dem Begriff „Volk“ enthalten ist. Das Ideal der Zukunft ist zweifellos – so wie es schon in der Zeit der deutschen Aufklärung von Herder und Kant vorgedacht wurde – die Weltbürgerschaft, nicht die nationale Staatsbürgerschaft. Aber der Weg zu diesem Ziel verläuft über eine nicht umkehrbare Rangfolge politischer Identitäten, die aufeinander aufbauen, von den untersten Ebenen – der Stadt – und der Staatsbürgerschaft über die Bündnisbürgerschaft der europäischen Völker – zum Weltbürger, nicht umgekehrt.

## Anmerkungen

1 NJW, 1991, Heft 3, S. 159.

2 H. Birg/E.-J. Flöthmann/R. Tautz: Analyse und Prognose der Zahl der Lebendgeborenen in den alten und neuen Bundesländern. Veröffentlichung in Vorbereitung.

- 3 H. Birg/D. Filip/E.-J. Flöthmann: Paritätsspezifische Kohortenanalyse des generativen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Materialien des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik, Bd. 30, Universität Bielefeld 1990.
- 4 W. Dumon: Family Policies in EC-Countries in 1991, Vol. 1, European Observatory of National Family Policies, Bruxelles 1992.
- 5 H. Birg/E.-J. Flöthmann/I. Reiter: Biographische Theorie der demographischen Reproduktion. Frankfurt/New York 1991.
- 6 H. Vortmann: Wirkungen der Bevölkerungspolitik auf die Geburtenentwicklung in den kleineren europäischen RWG-Ländern. In: Materialien des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik, Bd. 33, Universität Bielefeld 1992.
- 7 K. Schwarz: Bevölkerungspolitische Wirkungen familienpolitischer Maßnahmen. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Nr. 2/1992. Ders.: Familienpolitik und demographische Entwicklung in den Bundesländern nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.): Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 57, Wiesbaden 1988.
- 8 Siehe u.a. Anmerkung 5.
- 9 Zum mathematischen Beweis siehe: J. Bourgeois-Pichat: Charge de la population active. In: Journal de la Société de Statistique des Paris 3/4, 1950, S. 94f.
- 10 Vgl. z.B. die Schriften von Hermann Schubnell, Karl Schwarz, Max Wingen und anderen.
- 11 H. Birg: Unterwegs zu einer philosophischen Demographie. Festschrift für Hermann Schubnell zum 80. Geburtstag. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 16. Jg., Nr. 314, 1990.
- 12 H. Birg/E.-J. Flöthmann: Langfristige Bevölkerungsprojektionen für das wiedervereinigte Deutschland bis zum Jahr 2100. In: Materialien des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik, Bd. 35, Universität Bielefeld 1993 (im Druck).